

Antragsbereich A / Antrag 10/I/2024

AntragstellerInnen: AsF München

Empfänger: Unterbezirksparteitag

Stadtratsfraktion

10/I/2024: Positionierung: Sperrbezirksverordnung und Prostitution in München

1 Das Prostitutionsschutzgesetz hat seine Zielsetzung nicht erreicht. Hier muss
2 nachgesteuert werden, um den in der Prostitution Tätigen den größtmöglichen
3 Schutz zu bieten und gleichzeitig Abhängigkeitsverhältnisse von Zuhältern zu
4 verhindern. Deutschland darf nicht das Bordell Europas sein. Es braucht neue
5 Regelungen auf Bundesebene.

6

7 Klar ist: Menschenhandel verurteilen wir in jedem Fall und gleich in welchem
8 Gewerbe. Frauen, die für sich die Prostitution wählen, sollen dies frei entschei-
9 den. Wenn es ein gutes Sicherheitsnetz ohne Abhängigkeiten von dubiosen
10 Figuren und patriarchalen Machtstrukturen gibt, können Frauen wirklich ggf.
11 selbst die Prostitution für sich wählen. Was es dabei immer braucht, ist eine
12 soziale Absicherung in Deutschland, die allen so weit offensteht und bekannt ist,
13 damit niemand aus finanzieller Not heraus den Weg in die Prostitution wählt
14 oder findet. Selbstverständlich müssen diejenigen, die Frauen ausbeuten oder
15 bedrohen, mit voller Härte bekämpft werden. Niemand darf davon profitieren,
16 dass eine Frau sich prostituiert.

17

18 Kommunal ist nur ein Bruchteil der Fragen rund um die Prostitution regelbar. Wir
19 sollten uns die Aufgabe setzen, hier einen bestmöglichen Rahmen für die in der
20 Prostitution Tätigen zu schaffen und immer allen Ausstiegswilligen eine gute
21 Brücke zu bauen, während wir gleichzeitig diejenigen unterstützen, die für sich
22 diesen Weg wählen. Den Sperrbezirk als sozialräumliche Maßnahme wollen wir
23 nicht abschaffen, ein Umstieg auf die Freierbestrafung im derzeitigen Sperrbezirk
24 halten wir jedoch für eine gute Lösung für München. Gerade kommunal glauben
25 wir, dass es in der Debatte um Prostitution, Sperrbezirke und Kriminalisierung gut
26 möglich ist, einen Kompromiss zu finden, der in der Prostitution Tätige schützt,
27 Gewalt und Menschenhandel verhindert und Ausstiegswilligen gute Angebote
28 bietet. Dabei weisen wir darauf hin, dass käuflicher Sex kein Grundrecht ist und
29 auch nicht wie ein solches behandelt werden sollte

30

31 Das Positionspapier „Unterstützung statt Sexkaufverbot“ vom Deutschen Frau-
32 enrat, der Deutschen Aidshilfe und anderen halten wir für einen diskussionswür-
33 digen Ansatz. Wir wollen für München eine Position finden, in die explizit die
34 Perspektiven von Prostituierten einbezogen werden (dafür müssen angemesse-

- 35 ne Ressourcen, wie z.B. Sozialarbeiter*innen zur Verfügung gestellt werden) und
- 36 Verdrängung von Bedürftigen nicht in Kauf nimmt.